

Correspondent

Erscheint

Dienstag, Donnerstag,

Sonnabend.

Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.

Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

39. Jahrg.

Leipzig, Sonnabend den 13. April 1901.

№ 43.

Zur Tarifbewegung von 1901.

VII.

Bei den bevorstehenden Tarifberatungen gibt es außer der grundlegenden Frage der Grundpositionen und des Minimums auf materiellem Gebiete noch mancherlei heikle Punkte, die wohl schwerlich in Kommissionsberatungen oder durch gewerbegesetzliche Bestimmungen zufriedenstellend erledigt werden können. Es sind dies die von Gehilfenseite mehrfach aufgestellten Forderungen einer höhern Bezahlung für Ueberstunden und Aushilfskonditionen.

In Wirklichkeit will ja die Gehilfenschaft diese beiden unangenehmen Erscheinungen unsers Erwerbslebens am liebsten beseitigen, da dies aber bei dem herrschenden Manchesterium in der wirtschaftlichen „Ordnung“ auf unüberwindlichen Widerstand stößt und selbst die wohlmeinendsten Prinzipale wider ihren Willen unter dem Drucke der Konkurrenz gezwungen sind, mit jenen Uebelständen rechnen zu müssen, so kann es sich nur darum handeln, die schädlichen Wirkungen jener Begleiterscheinungen einer regellosen Produktionsweise nach Möglichkeit abzuschwächen.

Wir haben wohl nicht nötig, unseren Lesern erst des langen und breiten auseinanderzusetzen, wie sehr durch ein Uebermaß von Ueberstunden die erstrebte Arbeitszeitverkürzung in eine Arbeitszeitverlängerung umgewandelt wird und wie wenig die massenhaften Aushilfskonditionen geeignet sind, einer großen Zahl von Gehilfen eine auch nur annähernd sichere Existenz in dem von ihnen erlernten Gewerbe zu garantieren.

Die Mittel, die in diesem Falle zur Abhilfe empfohlen worden sind, können selbstverständlich das Uebel auch nicht an der Wurzel treffen, aber es wäre immerhin schon eine große Errungenschaft, wenn es gelänge, eindämmende Bestimmungen im Tarife treffen zu können.

Wie alles Böse die Eigenschaft besitzt, sich rascher und gründlicher zu verbreiten als das Gute, so haben auch auf beregtem Gebiete unerträgliche Verhältnisse Platz gegriffen. Hier aber Abhilfe zu schaffen, liegt mehr auf dem organisatorischen wie auf dem tariflichen Gebiete. So lange Ueberstunden nicht strikte verboten werden und Aushilfskonditionen unmöglich gemacht sind, hängt die Ausdehnung dieses Uebels — wenigstens in der Ueberstundenfrage — zum Teile auch von den Gehilfen ab. Diese setzen dem oftmals ganz unberechtigten Verlangen der Prinzipale in Bezug auf die Ueberstunden nicht immer den wünschenswertesten Widerstand entgegen, ja es wurde des öfters durch Versammlungsberichte bewiesen, daß Kollegen sich zu Ueberstunden förmlich gedrängt haben. Hier hat die organisatorische Erziehung einzugreifen, um das Schädliche derartiger Handlungen den Ueberstundenständen — und nicht nur in Druckertreisen — zu Gemüte zu führen. Leider grassiert dieser Uebelstand in höherem Maße, als nach Außen in die Erscheinung tritt. Hier ist ein Feld, um dem Gedanken der Arbeitszeitverkürzung praktisch näher zu kommen. Das Schwergewicht liegt aber in der Hauptsache bei der Organisation.

Ueber die Schwierigkeit, hier zu einem befriedigenden Resultate zu kommen, sind die Gehilfen sich vollkommen klar, denn immer bilden Ueberstunden und Aushilfskonditionen, wenn man ihnen energisch zu Leibe geht, eine Zwischmühle für uns. Daß aber hier einmal etwas Durchgreifendes geschehen muß, darüber herrscht nur eine Meinung. Kann man aber Ueberstunden an sich nicht unmöglich machen, so muß man sie auf ein möglichst geringes Maß zu beschränken suchen. Auf welchem Wege? Es sind da Vorschläge gemacht worden, für jede Druckerei jährlich eine bestimmte Zahl von Ueberstunden als tariflich zulässig festzusetzen und eine strenge Kontrolle behufs genauer Innehaltung der diesbezüglichen Bestimmungen zu handhaben. Andererseits wird empfohlen, die Ueberstundenentschädigung wesentlich zu erhöhen, um durch eine Verteuerung der Ueberarbeit den Prinzipalen dieselbe weniger wünschenswert erscheinen zu lassen.

Was die erste Forderung betrifft, so erscheint sie uns als die sympathischere, wenn sie durchführbar wäre. Betrachten wir einmal die Dinge wie sie sind. Zunächst wursteln die Prinzipale mit den Ueberstunden in der bisherigen Weise weiter, weil wesentliche Hindernisse diesem für sie bequemem Arbeitszeitverlängerungssysteme bisher nicht entgegenstehen. Zwar sagt der § 34 des Tarifs: „Regelmäßige Ueberstunden sind thunlichst zu vermeiden“, wer aber hier die Entscheidung zu treffen hat, ist schwer zu sagen. Prinzipiell ist zwar damit ausgedrückt, daß Ueberstunden Ausnahmeverhältnisse sind, die im Interesse des Gewerbes „thunlichst“ eingeschränkt werden sollen, aber außer diesem frommen Wunsche sind uns Abwehrmittel in erheblichem Umfange nicht bekannt geworden. Würde man nun eine bestimmte Zahl von Ueberstunden als tariflich zulässig festsetzen, kämen wir mit den Thatfachen des gewerblichen Lebens doch in allzu großen Konflikt. Man kann z. B. einem Geschäft, das auf einen jahrelangen konstanten Arbeitsbetrieb zugeschnitten, nicht zumuten, infolge eines plötzlichen Zuwachses von vielleicht vorübergehenden Arbeiten diese abzulehnen, weil zur Zeit eine geschäftliche Vergrößerung nicht vorgenommen werden kann, weil bauliche Erweiterungen momentan nicht möglich sind oder dergleichen mehr. Wenn nun diese sonst den Arbeitern als entgegenkommend sich bewährte Firma gezwungen ist, die Ueberstundenkala zu überschreiten, wie will man da einen auch die Gehilfen und die Organisation befriedigenden Ausweg finden? Das einzige Mittel wäre, den Ausnahmebestimmungen wiederum neue Ausnahmebestimmungen hinzuzufügen und damit wären wir wieder auf dem alten Standpunkte angelangt. Wenn man einmal im stande wäre, die Entwicklung der gewerblichen Verhältnisse und jeder einzelnen Druckerei auf Jahre hinaus vorauszubestimmen, dann wäre es kinderleicht, auch eine Ueberstundenkala zu schaffen. Vorläufig ist aber auf dem Wirtschaftsmarkte noch Plan-, Regel- und Ziellosigkeit Trumpf, und damit haben wir auch in der Ueberstundenfrage zu rechnen. Außerdem kommt noch hinzu, daß leider unsere Lohnverhältnisse solche sind, welche viele Kollegen veranlassen, trotz besserer Erkenntnis das Verlangen von Ueber-

stunden stillschweigend zu acceptieren, weil ja doch dadurch ein paar Groschen zur Verbesserung des Lebensunterhaltes hinzugefügt werden können. Daraus allein erklärt sich der geringe Widerstand, der im allgemeinen von Gehilfenseite gegen das Ueberstundenunwesen zur Geltung gebracht wird. Darum liegt eben, wie betont, das Schwergewicht bei der Organisation, um das Trügerische dieses Einkommens der Gehilfenschaft recht augenfällig erscheinen zu lassen.

Es bleibt schließlich kein anderer Ausweg übrig, so zweifelschneidig er auch erscheint, als die Ueberstunden zu verteuern. Man wird geltend machen können, daß auf diesem Wege erst recht der Gehilfenschaft ein Anreiz für Ueberstunden gegeben wird. Im einzelnen Falle gewiß, in seiner allgemeinen Wirkung jedoch nicht. In der Praxis ist es heute so, daß viele Prinzipale aus purer Bequemlichkeit oder Leichtsinne ihrem Personale Ueberstunden diktieren. Mangels genügend klarer tariflicher Bestimmungen und aus den bereits genannten Gründen wird dem gestellten Verlangen auch entsprochen. Das Bild wird jedoch sofort ein andres, wenn der Prinzipal mit einer verhältnismäßig hohen Ueberstundenentschädigung zu rechnen gezwungen ist. In diesem Falle werden manche Prinzipale, die bisher jede Arbeit zum äußersten Preise angenommen haben in der Voraussetzung, diese Arbeiten von einem geschulten Personale in einer Reihe von Ueberstunden so nebenbei fertigstellen zu lassen, sich denn doch bedenken, wenn die dafür zu zahlende Löhne in keinem Verhältnisse zum Geschäftsgewinne stehen. Wir setzen natürlich voraus, daß die Ueberstunden ganz bedeutend verteuert werden müssen. Für das Gewerbe würde aber zweifellos ganz selbstthätig erreicht, daß auch die Preise für Druckfachen eher eine Steigerung als eine Verminderung erfahren würden.

Den Prinzipalen, die mit uns im Ernste das Ueberstundenunwesen zu bekämpfen willens sind, kann es nur angenehm sein, wenn ihnen gleichzeitig damit der Konkurrenzkampf erleichtert wird, während für die Arbeiter eine Einschränkung der Ueberstunden gleichbedeutend ist mit vermehrter Arbeitslosigkeit, mit der Unterbringung von Arbeitslosen. Im Effekte muß ja die Einschränkung diese Wirkung erzeugen. Ferner wird ein größerer Schutz der Gesundheit der Arbeiter und ihrer Arbeitskraft erzielt, wovon wiederum Prinzipale und Gehilfen gleichmäßig profitieren. Sind aber Ueberstunden nicht zu vermeiden, so soll der Arbeiter auch wissen, warum er über die tarifliche Arbeitszeit hinaus in den Nachtstunden bei bedeutendem Kräfteverschleiß seine Arbeitskraft zur Verfügung stellt, er soll wenigstens eine entsprechende Entschädigung dafür erhalten, die es ihm ermöglicht, dem Körper kräftigere Nahrungstoffe zuzuführen zu können, um so einem Raubbau mit seinem Leben nach Möglichkeit entgegenwirken oder vorbeugen zu können. Welche Stellung aber auch die Prinzipalität in der Ueberstundenfrage einnehmen möge, die Gehilfenschaft muß bei den diesjährigen Tarifberatungen mit Energie darauf dringen, daß hier einem Lebensinteresse der Gehilfen ein befriedigendes Entgegenkommen zu teil wird.

Was nun die Forderung einer höhern Bezahlung für Ausschulskonditionen betrifft, so scheint sie uns nicht geeignet zu sein, auf diesem Gebiete reformierend zu wirken. Weit eher bedingt eine Verteuerung von Ausschulsarbeiten eine Vermehrung der Ueberstunden. Diesen gegenüber sind die Ausschulskonditionen das kleinere Übel, deren Bekämpfung mehr auf dem indirekten Wege Erfolg verspricht. Naturgemäß haben über eine Ausdehnung des Unwesens der Ausschulskonditionen in der Hauptsache die Großstädte zu klagen, wo das verschiedenartige und nervöse Gassen und Lagen im wirtschaftlichen Leben auch zurückdrängt auf die Buchdrucker, die, soweit die Prinzipale in Betracht kommen, leider unter dem Druck der Konkurrenz das Publikum anziehen, fünf Minuten nach erfolgter Bestellung die fertige Arbeit wieder abzuholen. Hier thut bei den Prinzipalen etwas Selbstbewußtsein not und gerade die in den größeren Städten florierenden Buchdrucker-Zunungen hätten hier ein schönes Feld vor sich, den so viel gefeierten alten Buchdruckerstolz an der rechten Stelle zu pflanzen und ein Hinübergleiten des Buchdruckerbetriebes in eine Schnellschußerei mit Dampfbetrieb nach Möglichkeit zu erschweren.

An den Ausschulskonditionen haben weder Prinzipale noch Gehilfen ein Interesse, aber sie werden beiden Teilen aufzuwachen durch das moderne Wirtschaftsleben. Hier ist der Schlüssel zu suchen, damit ist aber gleichzeitig auch die Schwierigkeit angedeutet, in befriedigender Weise Remedur zu schaffen. Die Förderung einer allgemeinen gewerblichen Ordnung, das Wachstum und die Stärke der Berufsorganisationen und die Ausbreitung der Tarifgemeinschaft geben allein die Gewähr für eine Einschränkung auf dem Gebiete der Ausschulskonditionen.

Aus Rheinland-Westfalen.

Das seitens des Gauvorstandes den Mitgliedern in Vorschlag gebrachte Umlageverfahren bei Sterbefällen von Mitgliedern scheint bis jetzt eine gute Aufnahme gefunden zu haben, indem auf das diesbezügliche Zirkular Nr. 2 heute schon aus fünf Bezirken nur zustimmende Antworten eingegangen sind. Gegenstimmen wurden außer dem Kollegen -gl. in Remscheid noch nicht laut Eingang seines Artikels in Nr. 36 des Corr. begrüßt genannter Kollege freudig die Anregung auf Einführung eines Umlageverfahrens, propagiert alsdann die Einführung einer Witwenkasse mit festen Beiträgen seitens der Generalversammlung des Verbandes, um alsdann zu dem Schlusse zu kommen, daß in den Grenzen eines einzelnen Gaus eine solche Kasse mit regelmäßigen festen Beiträgen nicht lebensfähig sein würde, da aber andererseits die Erhebung eines Beitrages bei jedem Sterbefalle den Kollegen eine ungeheure und ungewisse Last aufbürde, so empfiehlt der Kollege, den von ihm "freudig begrüßten" Vorschlag des Gauvorstandes abzulehnen.

Da nun die Schaffung einer Witwenversorgung von eminent wichtiger Bedeutung für die Weiterentwicklung unsers Gaus ist, verlohnt es sich wohl, auf die vorgebrachten Bedenken etwas näher einzugehen.

Die obligatorische Einführung einer Witwenkasse mit feststehenden Beiträgen würde sich für unsern Gau nur bei verhältnismäßig hohen Beiträgen ermöglichen lassen. Dieser Ansicht huldigt Kollege -gl. ebenfalls, nur hat derselbe vergessen, die nötigen Konsequenzen zu ziehen, indem das, was für den Gau gilt, für den Gesamtverband ebenfalls nicht wegzulernen ist. Bis jetzt hat sich noch jede Generalversammlung und in unserm Gau jeder Goutag mit dieser Frage beschäftigt. Wenn in beiden Vertretungsstätten die diesbezüglichen in genügender Zahl gestellten Anträge bisher stets glatt unter den Tisch fielen, geschah dies nicht, weil die Gau- oder Generalversammlungsbesitzergerten die Notwendigkeit einer Witwenkasse nicht eingesehen hätten, sondern weil die Einführung aus finanziellen und agitatorischen Rücksichten eben nicht möglich war. Da eine Witwenkasse nur mit fortlaufenden hohen Beiträgen existenzfähig sein wird, kann auch die Einführung derselben in dieser Form aus agitatorischen Rücksichten weder von Verbands- noch Gauseite in Frage kommen.

Ein jeder Kollege wird jedoch unumwunden zugeben müssen, daß die Organisation nicht allein Verpflichtungen dem ihr angehörenden Familienwater gegenüber hat, sondern auch - wenigstens in moralischer Hinsicht - verpflichtet ist, den Witwen und Waisen verstorbener Kollegen etwas zu bieten.

Dieser Ehrenpflicht in irgend einer Weise zu genügen, soll und muß unsere Aufgabe sein. Ist diese Möglichkeit aber durch Schaffung einer Witwenkasse mit festen Wochenbeiträgen nicht zu erreichen, so ist meiner Überzeugung nach dieser Gedanke am besten, einfachsten und billigsten durch obligatorische Einführung eines Umlageverfah-

rens zu realisieren. Daß ein solches Verfahren praktisch und ohne zu große Opfer leicht durchzuführen ist, beweisen am besten eine große Zahl industrieller Werke, staatliche und kommunale Beamte, private Vereine usw., wo bestimmte kleinere oder größere Kreise von Personen sich auf ein Umlageverfahren verpflichteten. Auch ist dieser Gedanke in einer Anzahl amerikanischer Gewerkschaften praktisch durchgeführt. Und ich bin überzeugt, daß dasjenige, was bei anderen Arbeiterkategorien sich ermöglichen ließ, doch uns in Unterstützungen und Kassenwesen mehr vertrauten Buchdruckern doch eine Kleinigkeit sein wird.

Kollege -gl. rechnet ferner aus, daß unsere 2000 Mitglieder naturgemäß innerhalb 50 Jahren sterben werden. Das stimmt selbstverständlich, wenigstens ungefähr; was aber nicht stimmt, ist, daß dann auf jedes Jahr durchschnittlich 40 Sterbefälle entfallen müßten. Diese Rechnung könnte nur in dem Falle Anspruch auf Genauigkeit haben, wenn der jetzige Mitgliederstand abgeschloffen würde, d. h. also, wenn keine neuen Mitglieder aufgenommen oder alte ausgeschloffen würden, keiner zu- oder abreiste. Hierdurch ändert sich aber ganz wesentlich das Bild. Im Jahre 1899 z. B. wurden in unserm Gau nicht weniger als 525 Kollegen neu bezw. wiederaufgenommen, während in demselben Jahre überhaupt nur 6 Mitglieder gestorben sind. Der Kassenheber Kollege ist mithin bei Feststellung der durchschnittlichen Sterblichkeitsziffer von gänzlich falscher Voraussetzung ausgegangen, indem er die Bewegungsstatistik außer Acht gelassen hat, sonst würde er gewiß nicht zu einem solch bange-machenden Ergebnisse gekommen sein.

Die durchschnittliche Zahl der Sterbefälle läßt sich eben nur durch Summieren einer Anzahl Jahre - wenigstens annähernd - feststellen; so starben laut Rechenschaftsbericht in den Jahren:

1896	bei 1416 Mitgliedern	10 Kollegen,
1897	" 1397	5 "
1898	" 1554	10 "
1899	" 1840	6 "
1900	" 2066	20 "

zusammen 51 Kollegen.

Zwei verstorbene Zuwanderer sind in diesen Zahlen aus dem Grunde nicht inbegriffen, weil zwei unserm Gau nicht angehörige Kollegen auf der Reise gestorben, aber in der Gesamtzahl enthalten sind. Von 53 Gestorbenen konnten daher nur 51 in Betracht.

Auf das fortwährende Steigen der Mitgliederzahl ist in dem Zirkulare des Gauvorstandes genügend Rücksicht genommen, indem nicht die sich rund ergebende Zahl von 10, sondern 50 Proz. mehr, also 15 Sterbefälle pro Jahr als Durchschnitt angenommen sind. Diese Durchschnittsziffer ist also tatsächlich überaus hoch gegriffen. Allerdings sind im letzten Jahre ja tatsächlich 20 Kollegen gestorben. Diese Ziffer ist in unserm Gau wohl noch nicht erreicht worden und dürfte also so leicht nicht mehr erreicht werden. Von den 20 Sterbefällen entfielen allein auf das erste Quartal 10 und wird die damals in fast ganz Deutschland grassierende Influenza den größten Teil zu der übergroßen Sterblichkeit beigetragen haben. Bis 1. April d. J. sind meines Wissens nur 3 Kollegen im Gau gestorben, also 7 weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Die Sterblichkeitsziffer von 40 Mitgliedern, welche Kollege -gl. herausrechnet, könnte wohl nur beim Ausbruch einer großen Cholera oder Pestepidemie herauskommen. Solch außergewöhnliche Verhältnisse würden eben außergewöhnliche Maßnahmen bedingen und brauchte nur der Gauvorstand ermächtigt zu sein, statt 50 vielleicht nur 25 Pf. zu erheben, wobei den Hinterbliebenen immerhin noch 500 Mt. ausgezahlt werden könnten.

Bei dem Umlageverfahren kann es fürs erste nur auf die Einführung ankommen. Ist dies nach dem provisorisch geschaffenen Statut einmal geschehen, finden sich etwaige Mängel von selbst, welche alsdann leicht vom nächsten Goutage beseitigt resp. mangelfaste oder als unpraktisch sich erwiesene Paragraphen auf Grund der bis dahin gemachten Erfahrungen abgeändert werden können.

Die Schaffung des in Vorschlag gebrachten Umlageverfahrens ist aus idealen und humanitären Rücksichten gewiß nur zu begrüßen und wird der Organisation sicher zur Ehre gereichen. Auch würde daselbe meines Erachtens von einem sehr großen agitatorischen Erfolge gekrönt sein, indem es hierdurch gelingen würde, die Frauen unserer Kollegen ebenfalls in hervorragender Weise für die Organisation zu interessieren. Ist dies aber geschehen, dürfte mancher nicht ganz tatfaste Kollege durch seine "bessere Hälfte" an seine Pflichten dem Verbands gegenüber erinnert werden und viele würden in ersten Zeiten von den Einküsterungen indifferenter Angehörigen bewahrt bleiben, indem sich dieselben gewiß zehnmal bestunnen würden, ehe sie die an dem Umlageverfahren erworbenen Rechte aufs Spiel setzten.

Ist die Einführung einmal verwirklicht, so bin ich überzeugt, daß etwaige Gegner sich recht bald mit demselben befrenden werden. Ich brauche nur daran zu erinnern, daß die Einführung unsers Gauzuschusses lange Jahre auf den hartnäckigsten Widerstand der Kollegen stieß. Derselbe wurde, nachdem sich Goutag für Goutag ablehnend verhalten, endlich ab 1. Oktober 1895 provisorisch auf ein Jahr eingeführt. Diese Zeit hatte aber dieselbe, um die frühere übergroße Gegnerzahl zu Freunden dieser Einrichtung zu machen, indem bei der stattgehabten Urabstimmung nur etwa zehn Stimmen sich gegen die Beibehaltung aussprachen.

Und ebenso wie den Gauzuschuß wird auch kein Kollege das Umlageverfahren, wenn einmal eingeführt, wieder beseitigen wollen. Die Einführung desselben ist aber sehr leicht und zwar unter verhältnismäßig minimalen Opfern der einzelnen Mitglieder möglich. Darum, frisch ans Werk! Nicht bange machen, probieren ist das genaueste! Essen-Ruhr. E. Müller.

Korrespondenzen.

Bromberg. Am 31. März fand hier der erste diesjährige Bezirkstag statt. Vor Eröffnung der Versammlung sang der Gesangverein Gutenberg Gott grüße dich und Brüder reichte die Hand zum Bunde. Die Lieber wurden beifällig aufgenommen. Darauf eröffnete der Vorsitzende die Ziele die von 60 Mitgliedern besuchte Versammlung: Aus Thorn waren 7, aus Znowitzlaw 6 Mitglieder erschienen. Außerdem nahmen an den Verhandlungen zwei Angehörige anderer Organisationen teil. Aus den Verhandlungen sei Folgendes hervorgehoben: Wegen der großen Kostenfrage wurde beschloffen, Bezirkstage, die in weit entfernten Orten abgehalten werden, nur mit Delegierten zu besetzen, denen das Reisegeld vergütet wird und die nur beschlußfähige Stimme haben. Ferner wurde beschloffen, die Karenzzeit für Gaununterstützungen von 50 Wochen auf 26 Wochen und die Unterstufung von 50 Pf. auf 1 Mt. zu erhöhen. Diesbezügliche Anträge werden daher beim nächsten Goutage eingebracht werden. Kollege Gent sprach hierauf in einem beifällig aufgenommenen Referate über Tarifliches. In kurzen, knappen Worten fasste Redner die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Tarifgemeinschaft den Hören vor Augen und beendete seine Ausführungen mit der Mahnung, nicht Unmögliches zu fordern, sondern nach reiflicher Erwägung nur das zu fordern, was wir Aussicht haben auch tatsächlich durchzuführen zu können. Zu Ehren des Referenten erhob sich die Versammlung von den Sigen. In der nachfolgenden Diskussion erklärten sich fast alle Redner mit den Ausführungen des Kollegen Gent einverstanden und unter Hinzufügung einiger Punkte gelangte Folgendes zur Annahme: 1. Zehn Prozent Erhöhung der Grundposition. 2. Neuregelung der Lokalzuschläge. 3. Milderung der Beitragskala. 4. Erhöhte Bezahlung der Ueberstunden. 5. Fallentlasten der Ausnahmebestimmungen. 6. Der Tarif ist auf höchstens drei Jahre festzusetzen. 7. Kondition und deren Dauer darf von der Zugehörigkeit zu irgend einem Vereine oder einer Kasse nicht abhängig gemacht werden. Bei letztem Punkte empfahl Referent noch, die Gehilfenvertreter anzuweisen, daß Zugeständnisse auf Grund dieser Forderung den Prinzipalen nicht gemacht werden dürfen. Nachdem noch ein Bezirks-Zohannisfest beschloffen und die Erledigung verschiedener interner Punkte vor sich gegangen, schloß der Vorsitzende die sechsstündige ruhige und sachlich verlaufene Bezirksversammlung mit einem Hoch auf den Verband. Der nächste Bezirkstag findet in Schneidemühl statt.

g. Mainz. Die diesjährige ordentliche Generalversammlung der Mainzer Typographie wurde am 23. März abgehalten und hätte etwas besser besudt sein können. Dem Berichte des Vorsitzenden über das abgelaufene Vereinsjahr war zu entnehmen, daß daselbe als ein gutes bezeichnet werden kann. Der Mitgliederbestand beträgt 211 gegen 207 im Vorjahre. Die Einnahmen betragen pro 1900 1065,70 Mt., die Ausgaben 905,61 Mt. somit verbleibt ein Ueberfluß von 160,19 Mt. Das Gesamtvermögen betrug am 1. Januar 1901 2451,19 Mt. Der Konditionslofenstand ist gegen das Vorjahr etwas zurückgegangen, muß jedoch immer noch als ein sehr hoher bezeichnet werden. Was die Bibliothek anbelangt, so wurden auch im verfloffenen Jahre große Neuanfassungen gemacht und hat sich die Benutzung derselben erfreulicherweise gesteigert. Auch für festliche Veranstaltungen wurden über 300 Mt. geopfert. Um die Geschäfte der Typographie leiten zu können, waren 3 Versammlungen, 6 Vorstandssitzungen und 6 Zirkulare nötig. Mit der Leitung für das kommende Vereinsjahr wurden folgende Kollegen betraut: Heinrich Beeh, erster Vorsitzender, Joseph Walter, zweiter Vorsitzender, Hugo Bente, Kassierer, Hugo Georg, Schriftführer und Joseph Ludwig, Bibliothekar. - Zu Revisoren wurden die Kollegen Julius Ullges und Karl Bejogele ernannt.

-th. Weiden. Die hiesige Mitgliedschaft hatte sich zu der am 21. März einberufenen Allgemeinen Buchdruckerversammlung ziemlich vollständig eingefunden, um Stellung zu nehmen zu der Frage: Tarifbindung oder Revision. An der Versammlung nahmen außerdem noch Vertreter der nichtorganisierten Gehilfen teil. Als Referent war unser Gehilfenvertreter, Kollege Eichler-Keipzig, erschienen, welcher über das Thema die bevorstehende Tarifrevision referierte. In etwa 1 1/2 stündiger Rede streifte der Referent die wirtschaftlichen Kämpfe der organisierten Gehilfschaft und die dadurch erzielten Verbesserungen; ging schließlich näher auf den gegenwärtig noch bestehenden Revision, in diesem Jahre ablaufenden Tarif ein; er führte den Anwesenden in anschaulicher Weise den Nutzen der Tarifgemeinschaft vor Augen, unterließ aber auch nicht, verschiedene Schäden derselben zu streifen. Wenn auch ein Teil der Gehilfschaft gegen die Tarifgemeinschaft Stellung nähme, so könne er dieselbe doch nur empfehlen, da es für uns doch besser sei, durch gegenseitige Beiträge stabile Verhältnisse zu schaffen, als zu einem Streit zu greifen; im Notfalle dürfe die Gehilfschaft jedoch vor einer solchen Maßnahme nicht zurückschrecken. Sodann

ein Kollege sieht auf die gegenwärtige nützliche Lage an und vertritt die Meinung, daß man diesmal — eben weil die wirtschaftliche Lage im allgemeinen eine ungünstige sei — von allzu hohen Forderungen absehen und die Erhaltung des Bestehenden mit den unbedingt nötigen Verbesserungen ins Auge fassen müsse. Vor allem müsse eine Verbesserung unserer Löhne gefordert werden. Die Aufstellung zweier Kardinalpunkte, wie Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung, sei nicht ratsam. Darüber sei man sich aber wohl ziemlich einig, daß diesmal nicht eine Tarifkündigung, sondern die Revision geboten sei, der Referent forderte daher die Anwesenden auf, für die Tarifrevision einzutreten. Die sich anschließende Diskussion, in deren Verlaufe sich die Mehrzahl der Redner für eine Tarifrevision ausdrückte, zeitigte folgende Resolution: Im Hinblick dessen, daß der im Jahre 1896 geschaffene und von der weitaus größten Zahl der Prinzipale und Gehilfen des deutschen Buchdruckerverbes anerkannte Buchdruckerarif in diesem Jahre einer Revision unterzogen werden soll, beauftragt die am 21. März 1901 im Restaurant Kronprinz tagende Allgemeine Buchdrucker-Versammlung, indem sie sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden erklärt, ihren Kreisvertreter, Kollegen Giesler-Weipzig, für nachstehende Forderung energisch einzutreten: Da die Lebensmittel- und Wohnungspreise in den letzten Jahren horrend gestiegen, hält die Versammlung eine Erhöhung der Grundposition um 10 Proz. für durchaus gerecht und billig. Sollte die Erhöhung der Grundposition abgelehnt werden, so beantragt Weipzig einen Lokalaufschlag von 10 Proz. Diese Resolution wurde allgemein gutgeheißen und fand einstimmige Annahme. Nach einem kurzen Schlussworte des Referenten erreichte die Versammlung ihr Ende.

Wiesbaden. Eine am 24. März abgehaltene Allgemeine Buchdrucker-Versammlung erfreute sich eines ziemlich guten Besuches. Unser Gehilfenvertreter Dominé referierte in etwa einstündigen Vortrage über den seit 1896 bestehenden Tarif und plaidierte am Schlusse seines mit lebhaftem Beifalle aufgenommenen Vortrages für Revision, hoffend, daß es bei derselben gelingen werde, für die Gehilfenchaft diejenigen Wünsche durchzubringen, die bei den herrschenden teuren Lebensverhältnissen als absolut notwendig anzusehen sind. In der sich anschließenden Diskussion traten mehrere Redner eifrig für eine Erhöhung der Grundpositionen sowie eine Erhöhung des Wiesbadener Lokalaufschlages ein. Folgende Resolution wurde hierauf einstimmig angenommen: Die heute am 24. März, im Lokale „zum Mohren“ tagende Allgemeine Buchdrucker-Versammlung erklärt sich nach Anhörung eines Referates des Kollegen Dominé für eine Revision des jetzigen bestehenden Tarifes. Die Versammlung erklärt sich ferner bereit, für eine Erhöhung der Grundpositionen sowie des Lokalaufschlages mit aller Kraft einzutreten und gibt zum Schlusse dem Wunsche Ausdruck, daß die Dauer der Tarifabmachungen den Zeitraum von drei Jahren nicht überschreiten solle.

Rundschau.

In Magdeburg haben die beiden großen Druckereien C. Baensch jr. (überhaupt die größte der Provinz Sachsen mit 275 beschäftigten Personen) und Faber (gegen 200) in ihrem einjährigen „Befreiungsstrategie“ gegen die dortige Buchdrucker-Zwangsgesinnung bei der Regierung den Sieg davon getragen. Das weitere Schicksal der Innung dürfte nach Ausscheiden der beiden Riesen sich recht fragwürdig gestalten, wenigstens auch noch, eine Anzahl statischer Mitteldruckereien vorhanden ist.

Der vom Schöffengerichte zu vier Wochen Gefängnis verurteilte Buchdruckerbesitzer Louis M. ösler in Berlin (Firma Louis Nordard) hatte in zweiter Instanz den Erfolg, daß an Stelle der Gefängnisstrafe 420 Mk. Geldstrafe trat. Sein Vergehen bestand in unflüchtigen Angriffen auf die bei ihm beschäftigten Arbeiterinnen.

Presse. Am 7. April starb in Berlin der Herausgeber der Staatsbürger-Zeitung, Debo Müller, im Alter von 67 Jahren. — Verurteilt wurde der Redakteur des Maurerfachblattes Grundstein zu zwei Monaten Gefängnis. Er hatte sich zweier wegen Verleitung zum Weibehne zu einjähriger Zuchthausstrafe verurteilter Maurer angenommen, worin eine Hebelbildung der Richter der betr. Strafkammer des Landgerichtes Elbing gefunden wurde. Das Sächsische Volksblatt in Jwidaw hat den Sohn eines Fabrikanten beleidigt. Das kostet dem Redakteur 150 Mk. Die Zuträger der betreffenden Notiz hatten dem Redakteur versichert, daß das darin behauptete auf voller Wahrheit beruhe, liehen ihn aber an Gerichtsstelle in Stiche. Das Handlungsgehilfenblatt besprach die Arbeitsverhältnisse einer Posener Firma, die einen Kommerzienrat zum Chef hat. Letzterer füllte sich beleidigt und erhob Privatklage, welche von der Staatsanwaltschaft „im öffentlichen Interesse“ aufgenommen wurde. Der Redakteur und der mutmaßliche Verfasser wurden in Anklagestand versetzt, ja bei dem erstern (in Berlin) sogar eine Haussuchung vorgenommen und schließlich für den 21. März Termin angesetzt. Die Bemühungen sind aber vergeblich gewesen, der Kommerzienrat fand sein Interesse besser gewahrt, wenn er die Klage zurückzog und dies geschah denn auch.

In Nürnberg tagte zu Ostern der vierte Kongress der Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäftigten Arbeiter bei Anwesenheit von 53 Delegierten aus den angeführten Gewerkschaften ist zu entnehmen,

daß infolge des stattgefundenen Einigungskongresses aus den Organisationen lokaler Richtung 3000 Mitglieder zum Zentralverbande übergetreten sind. Damit ist auch das bestehende Vertrauensmänner-System als überflüssig beseitigt worden. Zur Förderung der internationalen Beziehungen wird sich der Verband der internationalen Föderation der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter anschließen und den in Stockholm stattfindenden internationalen Kongress besichtigen. Der Reichskommission für Arbeiterstatistik soll eine Resolution überandt werden, welche die Ausdehnung der Erhebungen über die Arbeitsverhältnisse im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe auf sämtliche im Personen- und Warentransport Beschäftigten verlangt und geeignete Vorschläge über die Form dieser Erhebungen macht. Ein Referat über den Neun- uhr-Lohnschluß bezogene letztern als Abschlagszahlung, es müsse nach wie vor am Achtuhr-Lohnschluß festgehalten und dieser auch auf Engros- und Handgeschäfte ausgedehnt werden. Zur Ueberwachung der Unternehmer wird die Errichtung eines Handels-Zustellrats verlangt. Hierauf wurde über die Stellung der Behörden gegenüber den Straßenbahnen debattiert und in einer Resolution die Stellung der Straßenbahnen unter die Gewerbeordnung und eine mindestens allwöchentliche sachverständige Prüfung der Wagenbremsen behufs Verhütung von Unfällen gefordert. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, welche für gezielte Einführung der vollständigen Sonntagsruhe im Handelsgewerbe eintritt.

Der Verband deutscher Lagerhalter hielt in Jena seine sechste Generalversammlung ab. Die Delegierten hatten eine ganze Reihe von Beschwerden vorzubringen, woraus hervorging, daß die Konsumvereins-Verwaltungen sich angelegen sein lassen, den Unternehmer-Standpunkt weit mehr als notwendig, hervorzuföhren. Beschlossen wurde von der Versammlung eine Resolution, welche es den Mitgliedern zur Pflicht macht, streng auf Einhaltung der gesetzlichen Ruhezeit zu bestehen, und für Herabsetzung der Gehalts- resp. Arbeitszeit plaidiert. Sodann wurde die Gründung eines eignen Organs beschlossen; ferner sollen die Generalversammlungen in Zukunft durch Delegierte auf Verbandskosten beschränkt (auf je 30 Mitglieder 1 Delegierter) und die Kosten durch einen Ertragsbeitrag von 1 Mk. pro Mitglied und Jahr aufgebracht werden.

Der Verband der Bayerischen Eisenbahnwerktstätten-Arbeiter hielt seine zweite Generalversammlung in Augsburg ab. Der Verband zählt zur Zeit 2525 Mitglieder, dies sind 60 Proz der Beschäftigten. Den Hauptgegenstand der Beratungen bildete eine an den Landtag zu richtende Eingabe, in welcher ein Mindestlohn von 3 Mk. pro Tag, der Neunfünfteltag und eine von drei zu drei Jahren wiederkehrende 10prozentige allgemeine Lohnausbesserung sowie die Erweiterung des jährlichen Urlaubes gefordert werden soll. Die weiteren Verhandlungen waren dem innern Ausbau des Verbandes und dem Unterstützungswesen resp. der Gründung einer Krankenkasse gewidmet.

Eine Delegiertenversammlung des Verbandes eschloßringischer Textilarbeiter beschloß den Anschluß an den deutschen Verband. Sollte der direkte Anschluß beschwerlich auf Schwierigkeiten stoßen, so gedenkt man den eschloßringischen Verband anzuschließen und Filialen des allgemeinen deutschen Verbandes zu bilden.

Im Reichsanzeiger wird ein an die Oberpräsidenten gerichteter Erlaß des preussischen Ministeriums bekannt gegeben, der sich eingehend mit der Wohnungsnot in den Großstädten befaßt und Anweisungen gibt, wie durch behördliche Fürsorge dem Uebel gefeuert werden soll. Die Oberpräsidenten werden angewiesen, was die praktischen Reformvorschläge anbetrifft, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß die Gemeinden für ihre Angestellten und Arbeiter Wohnhäuser bauen, sobald aber gemeinnützigen Baugenossenschaften die weitgehendste Unterstützung zu teil werden lassen. Der Erlaß gibt spezielle Anweisungen, nach welcher Richtung hin und in welcher Form diese Fürsorge seitens der Gemeinden sich zu betätigen hat. Auch der Grundstückspekulation wird eingehend gedacht und die Mittel in Vorschlag gebracht, durch welche derselben zu begegnen ist. Dem Umwehen der Mietkasernen soll durch Polizeiverordnungen gesteuert werden, zu deren Abfassung ebenfalls Vorschläge gemacht werden. Alles das ist sehr schön, wird aber kaum in Wirklichkeit treten, so lange der Hausagrarier in der Lage ist, mit seinem „Eigentum“ ganz nach Belieben schalten und walten zu können. Die Durchführung obiger Maßregeln kann demnach im günstigsten Falle nur etwas abmildern wirken, was allerdings immerhin als ein Fortschritt zu betrachten wäre.

Die Schiffsverluste im Jahre 1900 betragen 1011 völlig verloren gegangene Segel- und 328 desgl. Dampfschiffe, darunter 72 bzw. 28 deutsche. Außerdem wurden noch 4682 beschädigte Schiffe ermittelt, von denen 374 wiederum deutsche waren. Die deutschen Verluste wären prozentual also nicht so große, aber immerhin noch so hoch, daß die Frage nach den bei diesen Seerückfällen verloren gegangenen Menschenleben einfach zwingender Akt ist.

Ja, so sind sie! Die Herren Agrarier nämlich, die noch den guten Magen der Kirche mit ihren edlen und hochbeden Bedienungswertigkeiten übertrumpfen. Jedenfalls ist die bekannte „Notlage der Landwirtschaft“ auch der Maßstab für die Bezahlung der beim Bunde der Landwirte angestellten unteren Beamten — die höheren schöpfen natürlich ras Fett ab. So erhält bei der Zentralzeile in Berlin ein 20jähriger diätarisch beschäftigter

Büroangehilfe einen Tagelohn von 2 Mk., ein 26 Jahre alter Expeditionsgehilfe einen Monatsgehalt von 45 Mk. Die Agrarier sind eben Leute von Konsequenz; ihr oberster Grundsatz ist: Wucherische Ausbeutung in jedem Falle!

In Gotha hielt die Zwangsgesinnung der Fischer eine Versammlung ab, in welcher einstimmig die Auflösung beschlossen wurde. Man will an deren Stelle eine freie Vereinigung setzen.

Einer von den vielen Unternehmern, welche sich des gleichen Vergehens, nämlich der Erpressung, schuldig machen, ist ausnahmsweise dem Strafrichter verfallen. Der Direktor der Rheinisch-Westfälischen Sprengstoff-Alliengeseilschaft wurde dieserhalb zu einem Monate Gefängnis verurteilt. Er hatte auf Veranlassung des Vorsitzenden des mit vielen deutschen, österreichischen und belgischen Munitionsfabriken geschlossenen Ringes einem Kaufmann, der von einer Fabrik, die vom Ringe boykottiert war, Waren bezog, mit Entziehung der Lieferung gewisser Munitionsartikel seitens der dem Ringe angehörenden Fabriken gedroht und diesen dadurch zur Aufhebung der Geschäftsverbindung mit der boykottierten Firma veranlaßt. Die Strafkammer in Schweinfurt hatte auf Freisprechung erkannt. Das Reichsgericht hob dieses Urteil auf und verwies die Sache an die Strafkammer des Landgerichtes zu Nürnberg, welche nun auf die erwähnte Strafe erkannte.

Bei der Firma Buch & Stein in Forst bei Aachen streiten 40 Weber wegen Lohnkürzung. In Berlin legten die Kutsher und Arbeiter der Vereinigten Berliner Mörkelwerke, die erst vor einigen Wochen vor dem Einigungsamte des Berliner Gewerbegerichtes einen neuen Arbeitsvertrag vereinbarten, die Arbeit nieder. Anlaß gab die Verweigerung der Entlassung dreier Streikbrecher, welche vor dem Einigungsamte in Aussicht gestellt worden waren. Die Auspressung der Arbeiter in der Schuhfabrik dauert fort. In Bremen streiten die Schneider. In Charlottenburg die Arbeiter der städtischen Gaswerke wegen Maßregelung einiger Kollegen. In Eschfeld die Militäreskettenarbeiter, etwa 250 Mann. Es handelt sich um Einführung des in Berlin erzielten Lohntarifes. In Essen die Former der Firma Wolf wegen Lohnkürzung. In Penzlin, Wismar und Warnemünde operieren die Bauunternehmer mit schwarzen Listen gegen die dort streikenden Maurer.

Der Generalkrat der Bergleute des Loibeckens verlangt von den Vertretern der verschiednen Bergwerks-gesellschaften baldige Schlichtung des Streiks in Montceau-les-Mines unter Androhung eines allgemeinen Ausstandes der Bergleute. Die Wälder in Limoges verlangen von der Einwohnerchaft Unterstützung ihrer Bemühungen um Abschaffung der Nachtarbeit. Der Ausstand der Hafenarbeiter in Marseille ist zu Ende und zwar ohne irgendwelchen Erfolg für die Arbeiter.

In den russischen Gouvernements Charkow und Jekaterinoslaw sind eine Anzahl Fabriken gänzlich geschlossen. Ueber 20000 Arbeiter sind ohne Beschäftigung.

Gingänge.

Der Deutsche Buch- und Steindruckerverlag Ernst Wittenberg in Berlin W 57 — beschäftigt mit dem vorliegenden 6. Hefte den ersten Teilband des VII. Jahrganges — weshalb genanntem Hefte ein Inhaltsverzeichnis beigegeben ist — und präsentiert sich mit 51 Seiten Text, 33 Seiten Inseraten (welche letztere vielfach auch als Sammler gelten können) und 7 Beilagen neben vielen dem Texte beigegebenen Sachbeispielen wieder als ein technischer Ratgeber des graphischen Gewerbes in vollstem Sinne des Wortes. Aus dem Inhalte sei erwähnt: Gotische Schriften, Kunst im Buchdruck, Die Schriftensysteme aller Länder, Der Anschlag bei wissenschaftlichen Werken, Der Druck ohne Typen, Elektricität und Graphit; weiter eine Reihe Schriftgießerei-Kunstreuen, eine Schilderung der Schnellpressenfabrik Frankenthal und verschiedenes andere. Eine infolge Preissteigerung erfolgte Verteuerung des vierteljährlichen Abonnementspreises um 25 Pf. (1,75 Mk.) verspricht der Verlag durch fortgesetzten Ausbau der einzelnen Hefte wieder wett zu machen.

Am Anfange des Jahrhunderts betitelt sich eine populäre Broschüren-Serie, die der Verlag „Aufklärung“ (Berlin W 35) herauszugeben im Begriffe ist. Die Sammlung will in gemeinverständlich Weise eine Uebersicht über die großartigen Fortschritte und Umwälzungen geben, die im verfloffenen Jahrhunderte auf allen Gebieten des geistigen Lebens in rascherer Folge vor sich gegangen sind. Dieser Mittelteil soll zugleich einen Ausblick in das neue Jahrhundert eröffnen und das Verständnis der Probleme erleichtern, die in ihm ihrer Erlebung harren. Bisher sind drei Hefte erschienen: „Kulturelle Umwälzungen im 19. Jahrhundert“, von dem als naturwissenschaftlichen Popularisator bekannten Privatgelehrten Dr. Bruno Nordard, „Die Entwicklungstheorie im 19. Jahrhundert“, von Wilh. Bötsche, und „Die soziale Bewegung im 19. Jahrhundert“, von dem Kommunalpolitiker Paul Ehrlich. Hefte 4, das demnächst erscheint, behandelt den „Militarismus im 19. Jahrhundert“ und stammt aus der Feder des bekannten Fachmannes Karl Heibtrun. Der Preis jedes Heftes, das (etwa vier Bogen stark) auch, wo der Stoff es erlaubt, Abbildungen enthält, beträgt 30 Pf.

Die Buchhandlung Borwits in Berlin gab als Beitrag zur diesjährigen Waiserei zwei Schriften heraus: Der erste Mat, ein Theaterstück, das infolge einfacher Szenerie leicht aufführbar und dessen spannende Handlung sicher den Beifall der Hörer finden dürfte. (Preis 1 Mk.,

für 11 zur Ausführung nötige Exemplare 5,50 Mk.).
Ferner: Zum Achtundentage. Historisches und Agi-
 tatorisches über Arbeiterschutz und Achtundentage. Von
 W. Braun. (Preis 20 Pf.)

Gestorben.

In Leipzig am 31. März der Seherinvalid Adolf
 Weibel von dort, 63 Jahre alt — Lungenatarrh; am
 4. April der Seher Hermann Brummer aus Zweinaun-
 dorf bei Leipzig, 30 Jahre alt — Lungenatarrh; am
 5. April der Seher Leopold Lindstädt von dort,
 48 Jahre alt — Schlaganfall; am 7. April der Seher-
 invalid Wilhelm Böhme aus Weimar, 75 Jahre alt —
 Altersschwäche.

Briefkasten.

E. in Bayreuth: Ihr Inserat kam für die Donnerstag-
 Nummer (welche am Dienstag fertig gemacht werden muß)
 viel zu spät hier an.

Verbandsnachrichten.

**Berein der Berliner Buchdrucker und Schrift-
 gießer.** Mittwoch den 17. April, abends 9 Uhr: Vereins-
 versammlung im Louisenstädtischen Konzerthause, Alte
 Zatoßstraße 37.

Bezirk Frankfurt a. M. Hierdurch ersuchen wir
 alle unsere Vertrauensmänner resp. Unterassistenten sowie
 die einzelnstehenden Mitglieder, am nächsten Vereinsabend
 (15. April) im Vereinslokale die Gauberichte gefl. abholen
 zu wollen.

Bezirk Hirschberg. Die zweite diesjährige Bezirks-
 versammlung findet Sonntag den 12. Mai in Löwen-
 berg statt. Anträge sind bis zum 4. Mai an den Vor-
 sitzenden einzureichen.

Bei Konditionsangeboten aus dem Bezirke sind
 vorher Erfindigungen einzuziehen bei M. Schipke in
 Hirschberg, Häterhäuser 5a.

Darmstadt. Nachdem die C. F. Winterische Buch-
 druckerei den Tarif beim Tarif-Amt schriftlich anerkannt
 hat, können Verbandsmitglieder daselbst in Kondition
 treten.

Düsseldorf. Wegen Abreise des ersten Vorsitzenden
 sind bis auf weiteres alle Sendungen an W. Krone,
 Düsseldorfstraße 6 II, zu richten.

Hhees. (Berichtigung zum Adressenverzeichnis.)
 H. Wolfbed, Hermannstraße 22; P. Amshler, Stifts-
 straße 2.

Leipzig. Die Buchdruckereien von C. Grumbach
 und G. Heinitz (Leipziger Volkszeitung) sowie die Schrift-
 gießerei von G. Wöttger in Paunsdorf sind für Ver-
 bandsmitglieder geschlossen.

Sölingen. Die Buchdruckerei F. W. Fossen Söhne
 in Wald ist nach wie vor für Verbandsmitglieder ge-
 schlossen.

Die Sperre über die Firma J. A. Wisler in
 Sölingen ist aufgehoben.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen
 sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an
 die beigelegte Adresse zu richten):

In Beuthen (Oberschlesien) die Seher 1. Richard
 Buchmann, geb. in Schöwig (Kreis Grottau) 1833,
 ausgel. in Beuthen (Oberschl.) 1901; 2. Josef Segor,
 geb. in Jabrze 1832, ausgel. in Beuthen (Oberschlesien)
 1901; 3. der Drucker Ludwig Kleiner, geb. in Scharley
 (Kr. Beuthen) 1833, ausgel. in Beuthen 1901. — In
 Gleiwitz der Seher Paul Wotroß, geb. in Kreuzburg
 1830, ausgel. das. 1898. — Gg. Selzer, Beuthen (O.-S.),
 Hohenzollernstraße 7.

In Darmstadt der Seher Adam Ereffert, geb. in
 Höchst a. M. 1878, ausgel. in Bensheim a. d. B. 1897;
 war noch nicht Mitglied. — P. Hilbebeutel, Viehfrauen-
 straße 40.

In Frankfurt a. M. die Seher 1. Gg. Bild-
 mann, geb. in Schweinsfurt a. M. 1855; war schon
 Mitglied; 2. Gg. Wenz, geb. in Neustadt a. d. Saale,
 1865, ausgel. das. 1883; war noch nicht Mitglied.
 3. Rumbler, Schulstraße 48.

In Langensalza die Seher 1. Karl Rudolf Just,
 geb. in Strieha a. E. 1881, ausgel. in Oßigau 1900;
 2. Karl Hartmann, geb. in Langensalza 1882, ausgel.
 das. 1900; waren noch nicht Mitglieder; 3. der Schweizer-
 regen Paul Wolsch, geb. in Apolda 1880, ausgel. das.
 1898; war schon Mitglied. — Otto Wöhlharth in Gottha,
 Seebachstraße 30.

Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung.

Offenbach a. M. Die Auszahlung der Reise-Unter-
 stützung an nichtbezugsberechtigte und ausgereinerte Kol-
 legen geschieht für das laufende Jahr durch den Kollegen
 Karl Diertag, Offenbacher Abendblatt.

In Hannover ist eine durchweg mit neuen
 Maschinen und modernem Schriftensatz
 rials usw. eingerichtete

Buchdruckerei
 ganz auf der Höhe der Zeit stehend und in
 jeder Beziehung konkurrenzfähig, wegen
 Krankheit des Besitzers preiswert
 zu verkaufen.
 Näheres auf wertere Offerten unter V. E. 216
 an G. J. Fausz & Co., Hannover.

Infolge Todes des Besitzers ist die
Kemmeschesche Druckerei
 in Königsberg i. Pr., Königsstraße 42, sofort
 zu verpachten event. zu verkaufen. Näheres
 daselbst.

Pariser Komplett-Gießmaschine
 für 3 bis 6 Cicero, ziemlich neu, ist preiswert
 zu verkaufen.
 Werte Offerten unter J. U. 6270 besördert
 Rudolf Mosse, Berlin SW.

Ein Herr
 gesucht, gleichviel an welchem Orte wohnend,
 zum Verkaufe unserer Zigarren an Wirte,
 Händler usw. Vergütung 120 Mk. per Monat,
 außerdem hohe Provision. [402]
 A. Ritz & Co., Hamburg-Hohenfelde.

Tüchtiger, solider
Buchdruckmaschinenmeister
 für Illustrationen, Autotypie, Dreifarben-
 druck usw. gesucht. Zeugnisse, Muster und
 Angabe von Alter und Ansprüchen erbitten
 Karl Weddigen, Barmen-Nr. [393]

Tüchtiger, korrekter
Tabellen- und Werkseher
 im einfachen Kleidungsstücke bewandert (21 Jahre
 alt), sucht Stellung. Werte Offerten erbeten
 unter H. 1400 postlagernd Nürnberg, Post
 Karolinenstraße. [307]

In welcher
 Buchdruckerei finde ich Gelegenheit, mich im
 modernen Webzweige auszubilden? Werte
 Offerten unter Nr. 398 an die Geschäftsstelle
 d. Bl. erbeten.

Tüchtiger Rundstereotypen
 welcher auch mit der Flachstereotypie und dem
 Kalander vertraut ist, wünscht sich zu ver-
 ändern. Werte Offerten mit Gehaltsangabe
 unter M. S. 401 an die Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Lehrbuch für Schriftseher
 von Alexander Waldow.
 2. Ausgabe 6 Mk., in eleg. Lwdbd. 7 Mk.
 Das Buch gibt in gedrängter Form eine
 leichtverständliche Darstellung des gesamten
 Druckereibetriebes unter besonderer Berück-
 sichtigung der Seherarbeiten. Viele An-
 regungen und nützliche Winke, die dem Gange
 der Darstellung angehängt sind, haben dem
 Werke in Seherkreisen große Verbreitung ver-
 schaff.

Verein Berliner Buchdruck-Maschinenmeister.
 Sonnabend den 20. April in Louis Kellers Festsaal, Koppenstr. 29:
V. STIFTUNGSFEST
 unter Mitwirkung der Typographia, des Berliner Alt-Trias usw.
 Anfang präzis 9 Uhr abends.
 Billets für Gäste, Herren 50 Pf., Damen 30 Pf., sind bei den Kommissions- sowie
 Vorstandsmitgliedern zu haben.
 Einen genussreichen und unterhaltenden Abend versprechend, erucht um recht zahl-
 reiche Beteiligung der Mitglieder Die Stiftungsfest-Kommission. [358]

Typographia
 Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.
 Sonntag den 14. April, nachmittags 8 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:
Generalversammlung.
 Tagesordnung: 1. Rechenschaftsbericht; 2. Vereinsmitteilungen; 3. Verschiedenes.
 Von 6 Uhr an: **Geselliges Beisammensein mit Familie.**
 Zahlreiche Beteiligung erwartet Der Vorstand. [407]

Drucker- u. Maschinenmeisterverein Frankfurt a. M. - Offenbach.
 Sonntag den 14. April, vormittags 9 Uhr, im Vereinslokale Sockgasse 4:
Beginn unsers Lehr- u. Fachkurses.
 Die Kollegen werden gebeten, sich pünktlich und zahlreich an der Sache zu beteiligen.
 Anmeldungen beim Kollegen Süddenberg, Börnestraße 46, und im Vereinslokale.
 Hierauf anschließend Monatsversammlung. Die Tagesordnung wird im Vereins-
 lokale bekannt gegeben. Der Vorstand. [403]

Düsseldorf. M.-S.-V. Gutenberg.
 Dienstag, 9 Uhr, im Vereinslokale: Probe.

Wilhelm Köhler, München
 Spezialgeschäft für Buchdruckereien.
 Großes Lager in
 Maschinen, Holzwerk, Utensilien, Schriften,
 Messinglinien.
 Komplette Einrichtungen stets vorrätig.

Tabakarbeiter-Genossenschaft
Hamburg 6.
 120 Sorten Zigarren im Preise von 31 bis
 Hochfeine Qualitäten 170 Mk. pro Mille. —
 in Vorstenland-, Su-
 matra-, Brasil-, Mexico-
 Manila- und Havana-Zigarren. [729]
 Preislisten stehen zur Verfügung.

Schriftgießerei
J. D. Trennert & Sohn
 Altona-Hamburg
 Kompl. Buchdruckerei-Einrichtungen
 jeglichen Umlanges.
 Exakte Lieferung. Reichhaltige Auswahl.
 Kostenschläge u. Proben stets gern zu Diensten

Kulmbacher Bierstube.
 Leipzig, Brüderstraße 9.
 Vereinslokal der Buchdr. u. Schriftgießer.
 Gutgefliegtes Naumannsches u. echt Kulm-
 bacher (Eberleinsches) Bier; saubere Küche.
 Bürgerlicher Mittagstisch 40 Pf.
 William Künninger.

3 Mk. Photograph. Apparat
 ganz aus Metall
 auch größere Apparate (auf Wunsch Teil-
 zahlung). — Illustrierte Preisliste frei.
 V. Böhme, Berlin 63. [716]

Alter Gasthof
Paunsdorf b. Leipzig.
 Empfehle meinen werten Kollegen meine
 schönen und großen Restaurationslokale.
 Bier sowie Speisen preiswert und gut.
 Jeden Sonntag Konzert und Tanz.
 Einem geneigten Besuche sieht entgegen
 911] Otto Kirchner.

Dies ist der 7. Teil des gesamten Lernstoffes von
Scheithauers Stenographie:
 A N U R T O
 AN UR KA RT
 Selbstunterrichtsbuch 60 Pf., Lesebuch 60 Pf.
 R. Scheithauer, Paunsdorf-Leipzig.

Achtung!
 Alle Firmen, welche von der Buchdruckerei
Max Brüchner
 Costa bei Dresden
 noch etwas zu fordern haben, wollen dies
 unter Chiffre 88 an die Geschäftsstelle d. Bl.
 mitteilen.

Für die zahlreichen Glückwünsche zu meinem
 fünfzigjährigen Jubiläum sage ich allen werten
 Kollegen herzlichsten Dank. [405]
 Hermann Boyer, Liegnitz, Wilhelmstr. 12. I.

Am 9. April, morgens 5 Uhr, starb
 nach kurzem, aber qualvollem Leiden
 unser lieber Freund und Kollege, der
 Schriftsetzer
Wilhelm Kuntz.
 Wir verlieren in ihm einen ehrenhaften,
 mildthätigen und freundlichen Kollegen,
 der stets bereit war, jedem helfend zur
 Seite zu stehen.
 Wer den Verstorbenen kannte, wird
 unsern Schmerz und unsre Teilnahme
 ermesen können und werden wir ihm
 immerdar ein ehrendes und dankbares
 Andenken bewahren.
 Berlin, den 9. April 1901.
 Die Kollegen der Lessingschen Druckerei
 (Vossische Zeitung). [399]

Heute früh 5 Uhr entriß uns der un-
 ererbliche Tod unsern lieben Sangesbruder,
 Mitbegründer und Vorsitzenden des Vereins
Wilhelm Kuntz.
 Seltene Pflichttreue, verbunden mit
 hingebender Fürsorge um das Gedeihen
 des Vereins, herzliches Entgegenkommen,
 wo es galt mitzuwirken an dem Werke
 der Menschlichkeit, ist er uns ein leuch-
 tendes Vorbild geworden.
 Ein ehrendes Gedenken werden ihm
 stets bewahren
 Berlin, den 9. April 1901.
 Die Mitglieder des Gesangsvereins Eintracht
 (Vossische Zeitung). [400]

Todes-Anzeige.
 Am 7. April, morgens 6 Uhr, verstarb
 dahier unser lieber Freund und Kollege,
 der Setzer
P. J. Neumann
 im 38. Lebensjahre nach kurzem Kranken-
 lager an den Folgen der Influenza.
 Der Verstorbene war als liebenswür-
 diger Mensch und geschätzter Gesangs-
 Humorist auch in weiteren Kollegenkreisen
 bekannt und verloren wir in ihm einen
 allezeit für unsere Festlichkeiten stets
 zur Verfügung stehenden und überdes
 eifrigen Kollegen.
 Ein ehrendes Andenken wird ihm stets
 bewahren [404]
 Der Bezirksverein Frankfurt a. M.

Richard Härtel, Leipzig-N.
 Buchhandlung und Antiquariat
 liefert Werke aller Art zu Ladenpreisen franko.
 Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten.
 Tabellen zur Sachrechnung. Von Karl Wind-
 schel. Angabe des Satzpreises einer beliebigen
 Seitenzahl samt Zuschlägen für alle Regel-
 größen. 145 56 Seiten (3/4 Bogen gr. 8)
 enthalten diese Tabellen die Grundpreise
 von 34 bis 88 Pf. des gesamten deutschen
 Normaltarifes in je 100 Formaten u. zwar
 von 31 bis 130 Buchstaben pro Zeile. Ein
 Buch, das in keinem Druckereibetrieb und in
 keinem Seherjaale fehlen dürfte. Preis 3 Mk.

Aus dem Gewerk- und Genossenschaftsleben.

(Schluß.)

Das Jahr 1900 war auch für den Zentralverein A. Bureauangestellten nicht günstig. Die Umsätze belaufen sich auf 1217,63 Mk., die Einnahmen aber auf 1115,74 Mk.; war am vorletzigen Jahresschlusse ein Saldo von 270,01 Mk. vorhanden, so diesmal nur 108,12 Mk. Die Mitgliederzahl erhöhte sich bloß um 12 und beträgt laut Bericht 394. Nicht eingerechnet bei sämtlichen Positionen ist die Leipziger Mitgliedschaft (20), von welcher Abrechnung nicht einging.

Mit Recht sind die Seelente über das von den deutschen Rednern bei Beratung der Seemannsordnung erhobene Wehgeschrei empört, die jetzt zur Veröffentlichung kommenden Vorschläge strafen die Herren gründlich. So erzählte der Norddeutsche Lloyd trotz der Sophokeren Katastrophe einen Ueberblick von 27 397 157,25 Mk. gegen 20 410 613,90 Mk im Jahre 1899, als Dividende werden 8 1/2 Proz. zur Verteilung gelangen. Den Hinterbliebenen der bei dem furchtbaren Brandunglücke in Sophokens Ungelungenen mußte aber der Mehrbetrag der sich nach dem neuen Seemannsversicherungsgeetze registrierenden Rente von der eignen in Abzug gebracht werden, die Stewards leuten bereits die Aufmerksamkeit des seefahrenden Publikums auf ihre traurige Lage und eben wegen des miserablen Geschäftsganges mußte auch die Zahl der auf Lloydsschiffen beschäftigten — Chinesen auf reichlich 300 erhöht werden. Es wird wahrhaftig Zeit, daß das Reich die Subventionen für unsere Dampferlinien einer angemessenen Steigerung unterzieht!

Das Korrespondenzblatt der Generalkommission veröffentlichte in seiner Nr. 11 eine statistische Zusammenfassung der Kassengebarung, Organisations- und Mitgliederbewegung von 70 Gewerkschaftskartellen. Da wir deren jedoch 320 zählen, müssen wir von einem Eingehen auf diese Arbeit absehen und Interessenten an unsere Vereinsvorstände verweisen, denen das Blatt gratis zugeht.

Wir würden uns einer durch nichts wieder gut zu machenden Unterlassungssünde schuldig machen, würde nicht an dieser Stelle einer Berliner Versammlung vom 12. März gedacht werden, die die Antwort der Lokalorganisationen auf den bekannten Schlußruf „Fort mit der Sonderbündelei“ in der Broschüre über den Leipziger Konflikt an den als Verfasser und Herausgeber firmierenden sozialdemokratischen Parteivorstand darstellen sollte. Der unbefangene Zuhörer — in einer solchen Versammlung selbstverständlich mit der Bogenlampe zu suchen — dürfte in dieser Protestversammlung wieder ganz eigenartige Eindrücke von der modernen, ziel- und klassenbewußten Arbeiterbewegung empfangen haben. Da war zunächst der Referent, Fritz Kater, nächst Kessler die bekannteste Persönlichkeit in Utopia, der stark in tiefen Verbeugungen vor dem Parteivorstande machte und dem Texte seiner Rede die Worte „Euch zu gefallen war mein höchster Wunsch, Euch zu ergötzen ist mein letzter Zweck“ zu Grunde legte. Daß man in den Zentralverbänden, die nach Kater auf einmal in unserm doch weidlich geschmähten Verbände ihr Vorbild sehen, Rücksicht nehmen muß auf Angehörige anderer politischen Richtungen, darin liegt der Kern ihrer vom Parteivorstande als Krebsgeschaden verworfenen Sonderbündelei. Man bräuche heute deshalb noch gewerkschaftliche Organisationen, die sich bewußt auf den Boden der Sozialdemokratie stellen, denn die neutralen Zentralverbände mit ihren Unterstützungskassen seien ein großes Hindernis für die sozialdemokratische Arbeiterbewegung. Wobin es kommen würde, wenn erst einmal der kaltnässige Polarorgan der allgemeinen Verbändelei aufgingen (frei nach einer früheren Kessler'schen Rede), beweiße das Verhalten der Leipziger Mitglieder des Buchdruckerverbandes. „Nicht aus Verzweiflung oder aus persönlichen Gründen befaßen wir unsere Sonderorganisationen, sondern weil es uns bitterer Ernst ist mit dem Klassenkampfe der Arbeiter, der unserer Ueberzeugung nach in den Verbänden nicht geführt wird“, war der Schlußsatz, aber auch der faustdicke Schwundel des Kater'schen Referates, welches natürlich mit dem üblichen Freudenbegehul dankend quittiert wurde. Eine tumultuarische Resolution bildete nun den Extrakt der langen Verlegenheitsrede Katers.

Weit Forscher ging hierauf der Zimmerer Zuppenlach mit dem Parteivorstande ins Zeug. Derselbe sei in diesem Falle als Diktator aufgetreten, er wolle den Arbeitern vorschreiben, wie sie sich organisieren sollten. „Wir wollen Krebsse sein und wie die Krebsse freissen, bis das saule Fleisch von den Gewerkschaften und von der Sozialdemokratie heruntergefressen ist, damit sie wieder revolutionär wird; jetzt ist ja die Sozialdemokratie schon hoffähig.“ Mit scharfen Ausfällen gegen die Abgeordneten Ulrich und Weber wegen vermeintlicher Prinzipienverlässe erreichte dieser Erguß einer in heller Entrüstung tobenden Lokalistenjähle sein für

manchen Anwesenden jedenfalls zu frühzeitiges Ende. Die folgenden Redner Grappier und Karl Kaiser verteidigten die angegriffenen Zentralverbände unter lebhaftem Widerspruch, der zu einem ohrenbetäubenden Lärm anwuchs, als letzterer den revolutionären Klassen- und Zielbewußten mit der unvergleichlichen Kampfesfreudigkeit den geradezu tödtlichen Vorwurf entgegen schleuderte: „Sie haben ja Ihre Kämpfe nur mit Hilfe der Zentralverbände geführt!“ Natürlich kam Kaiser nicht viel weiter, der Vorjende entzog ihm ob dieser seinen gläubigen Schafen angethanen Schmach das Wort und packte ihn schließlich — die Herren Lokalisten sind nicht nur theoretisch Freunde des abgekürzten Verfahrens — einfach beim Widel, um den Mittelbater von der Bühne hinunter zu befördern, was natürlich einen Hagel von Liebenswürdigkeiten im Gefolge hatte. Der Abgeordnete Stadhagen übernahm es nach dieser ergötzlichen Szene, den Parteivorstand ebenfalls herauszuholen und den Lokalisten gleichzeitig Watian in die heftig blutenden Wunden zu träufeln; der Parteivorstand habe nur gesagt: „Fort mit der Sonderbündelei, ohne jedoch die Spitze gegen irgend eine bestimmte Organisation zu richten.“ Diese wunderfame Verteidigung zweier doch offenbar schroff gegenüberstehender Anschauungen erscheint zwar einfach unmöglich, wir wären selber auch gar nicht klar daraus geworden, wenn nicht diesmal die Buchdrucker-Wacht uns den Schlüssel zu dem dunklen Sinne der Stadhagen'schen Rede geliefert hätte. Nach dem Vorwärts sagte dieser als ehemaliger Verteidiger somit in einer wohlvertrauten Rolle agierende Abgeordnete u. a.: „Der Parteivorstand tritt ja nicht für eine bestimmte Organisation ein, er befürwortet nur die Schaffung großer Zentralverbände. Wenn wir solche noch nicht haben, so liegt das auch an denen, die infolge von Meinungsverschiedenheiten eine Sonderstellung in der Gewerkschaft einnehmen, anstatt innerhalb der großen Organisationen ihre Ansichten zu vertreten und zur Geltung zu bringen. Andererseits ist aber nicht zu verkennen, daß in manchen Fällen eine Sonderorganisation zeitweise berechtigt sein kann.“ Nach der Buchdrucker-Wacht soll aber diesem letzten Sage noch nachstehender gefolgt sein: „Eine Zentralorganisation wie den Buchdruckerverband wünschen wir nicht und die Genossen der Gewerkschaft der Buchdrucker haben nur ihre verdamnte Pflicht und Schuldigkeit getan.“ Vorausgesetzt, daß die Buchdrucker-Wacht nicht einmal wieder eine ihrer bekannten Tatarenadrachten in die „Welt“ gesetzt hat, wäre dieser Satz also dem Hofstifte des betreffenden Vorwärtsredakteurs verfallen, der jedenfalls dabei an die bekannten Worte im Wallenstein (IV. 6) dachte. Der Vorwärts verzeichnet nämlich nach Fortlassung obigen Satzes nur noch das Schlußwort: „Was uns alle eint, das ist der Wunsch: Fort mit den Sonderorganisationen! Mein Ideal ist: große Zentralverbände, die den Mitgliedschaften in den einzelnen Orten möglichste Bewegungsfreiheit lassen. (Zustimmung.)“ Also Stadhagen hat es fertig gebracht, die Lokalisten zu überzeugen, daß mit dem parteivorstandlichen Mahnung „Fort mit der Sonderbündelei“ ihre Organisationen nicht gemeint seien. Er führte sie sodann durch fortgesetztes Ja und Nein in seiner Rede, und nachdem er (NB. wenn die B.-W. richtig zitiert hat!) mit seinem Edikte über unsern Verband einen sehr billigen Triumph geerntet, auf dem Wege der Erkenntnis sogar soweit, daß sie seinem jedenfalls recht kräftigen Schlußrufe: Fort mit den Sonderorganisationen! schließlich ihre Zustimmung gaben!!! Nun, mehr kann man fürwahr nicht verlangen. Nach diesen Beweisen einer nicht gerade alltäglichen Einfalt sind wir wahrhaftig genötigt, den Lokalisten im stillen Kämmerlein Abbitte zu thun für die ihnen so oft zugemutete Gefährlichkeit. — Was nun das vom Vorwärts weggelassene Stadhagen'sche Anathema gegen unsre Organisation anlangt, so ist uns damit absolut nichts Neues gesagt; wir sind uns dieser Bewertung auch ohne Stadhagen und schon lange vor den „Zweideutigkeiten“ der Broschüre des sozialdemokratischen Parteivorstandes bewußt gewesen und tragen diese Bewußtsein mit dem Stolge, den nur eine gerechte Sache verleihen kann! Unsere Mitglieder wollen sich jedoch die der Gewerkschaft für ihre schändlichen Ausreißerthaten auch von Stadhagen — der schwerlich nur als Privatperson gesprochen haben dürfte — gezollte Anerkennung wohl merken, sie ist mehr als ein gewöhnlicher Punkt in der Erfindungen'sche Flucht.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir unseren Mitgliedern gleich noch über die Aufnahme der Verbände's Broschüre über den Leipziger Konflikt einige Mitteilungen machen. Das Korrespondenzblatt der Generalkommission, die Holzarbeiter-Zeitung, die Gewerkschaft usw. usw. besanden, daß die diesseitige Broschüre vielfache und ganz wesentliche Korrekturen der des Parteivorstandes entbält, speziell das erstere behandelt den Zwischenfall Pfingstbogen'st nun erst recht in einer die Benannten ehrenden

Weise. Wir haben alle diese Preßstimmen sorgfältig gesammelt und unsrer Sammelmappe einverleibt unter verbindlichsten Danke an die gar nicht wenigen Gewerkschaftsorgane, welche uns in diesem Kampfe das Recht offen zuerkannten. Eine Wiedergabe verbietet leider der immer knapper werdende Raum — die Tarifbewegung fordert ihre Rechte! Das Mauerorgan Der Grundstein und das Schuhmacher-Fachblatt sind jedoch auf der andern Seite anzutreffen. Der Grundstein ist uns wegen der Neutralitätsbewegung und der damit zusammenhängenden Kritik über bestimmte Institutionen längst gram. Sein Jörn ist indessen jetzt ein zweifacher, der Redakteur des Korrespondenzblattes der Generalkommission ist sein zweiter Mitabnehmer geworden, die Sprache gegen denselben anlässlich der Leipziger Affaire ist heftig und herausfordernd, was insofern von Bedeutung, als Paepow selbst Mitglied der Generalkommission ist. Das Schuhmacher-Fachblatt ist höchlichst entrüstet über den von uns der sozialdemokratischen Partei gegenüber-angeschlagenen Ton und unser Vorgehen in Leipzig. Der tarifgemeinschaftliche Redakteur dieses Gewerkschaftsorgans verwehrt jedoch anscheinend Uriage und Wirkungen. Seit 1896 im Namen der Sozialdemokratie erst von vielen, dann von einzelnen Organen nebst deren mehr oder weniger großem Anhang mit allen Mitteln fanatisch bekämpft, in Leipzig nach wohl angelegtem Plane der Verbrüderung durch unsere entschiedenen Gegner ausgeliefert, sollen wir obendrein zu allem Ja und Amen jagen? Das wäre ja Selbstentmannung in schämlichem Maße! Der Appell dieses Blattes an unsere der sozialdemokratischen Partei angehörenden Mitglieder wird ja wohl unerhört verhallen. Auch der letzte Parteigenosse unter den organisierten Buchdruckern wird nun und unimmermehr die Praktiken der Leipziger Volkszeitung beschönigen oder gar verteidigen wollen, selbst die anfänglich dem Zweideutigen sind durch die vom Parteivorstande in seiner Broschüre beliebte Beschönigung des „eigentümlich gelagerten Konfliktes“ davon gründlich abgetrennt. — Dieser eigentümlich gelagerte Konflikt hat eben durch die vom Parteivorstande empfangene Schlußvignette ein bedenkliches Präjudizium erhalten, dessen Rückanwendung in geeigneten Fällen vor Zielbewußtsein beinahe playende unsichere Kantontisten sich sicher nicht entgehen lassen werden.

Die den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften in Bosen drohenden, von uns bereits kurz erwähnten Nationalitätsfreiheiten sind doch nicht von der Bedeutung wie der von Düsseldorf ausgehende Kampf gegen den Berliner Zentralrat. Am 3. März sprach eine von 80 Ortsvereinen aus Rheinfeld und Weiffalen beschickte Versammlung in Düsseldorf ihr Bedauern über das Vorgehen des Zentralrates aus unter gleichzeitiger Ermahnung zur Einigung. Der Düsseldorfer Gewerkschaften der Maschinenbauer beschloß ferner einen Antrag zum XIV. Verbandstage, der die Aufhebung des Reverses fordert, welcher Sozialdemokraten von der Mitgliedschaft ausschließt, und die Abschaffung der bisherigen Stelle des Verbandsverwalters Dr. Hirsch verlangt und dafür einen Generalsekretär aus der Mitte der Mitglieder haben will.

Der annähernd 40 000 Mitglieder zählende deutsch-nationale Handlungsgehilfen-Verband verwarft sich mit aller Entschiedenheit gegen die Unterchiebung, in antikemistischem Fahrwasser zu schwimmen; er treibe keine Parteipolitik und würde solche auch niemals treiben. Wegen den Herausgeber der Mitteilungen zur Abwehr des Antikemismus soll wegen dieser Andichtungen Klage erhoben werden.

Der sächsische Landesverband der evangelischen Arbeitervereine erklärte sich entschieden gegen eine auf dem Delegiertentage in Speyer etwa vorzunehmende Ausschließung des Pfarrers Rainmann. Der vom Dresdener Lokalvereine propagierten Sympathie für die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften schloß sich der Landesverband nicht an, er erklärte sich vielmehr für vollständig unpolitische und interkonfessionelle Organisationen und das seien nur die neutralen Gewerkschaften.

August Bruff, der wandlungsfähige Leiter des christlichen Bergarbeiterverbandes hat sich nach dem Beispiele Giesberts nun ebenfalls den Agrariern verschrieben. Seine aufgestellten sechs Thesen für den Brotwucher entbehren nicht einer gewissen Komik.

Der Verband der christlichen Schuh- und Lederarbeiter zählt in 23 Orten bereits 550 Mitglieder.

Der bayerische Eisenbahnverband besteht im vierten Jahre und zählt nun 20 000 Mitglieder. Im letzten Jahre wurden insgesamt 56 011 Mk. Unterstützung ausgezahlt und zwar partizipieren daran Kranken-, Invaliden- und Sterbenunterstützung. Der Verband unterhält weiter eine Spar- und Darlehenskasse, ferner haben sich aus seinen Mitgliedern an sechs Orten Baugenossenschaften gebildet, die bis zum 1. Juli d. J. 102 Häuser errichtet haben werden, 391 Familien haben bis jetzt Wohnung in denselben gefunden. Außerdem ist auch ein gemeinsamer Kohlenbezug eingerichtet. Die

eigenen Rabattgenossenschaften erzielten im vorigen Jahre 17 000 Mk. Gewinn. Nach diesem Stande der Dinge ist der in einer Rundschau notiz der Nr. 37 des Corr. erwähnte Vettel doppelt unbegrifflich.

In Schweden sind bei 22 Gewerkschaften von 46 000 Mitgliedern nach neulich angestellten Erhebungen 11 800 arbeitslos gewesen. Im Streik liegen etwa 2000 organisierte, für welche insgesamt schon 250 000 Kronen angewendet werden mußten; ein Streik dauert bereits 8, ein zweiter 7 Monate.

Laut Stortingbeschlusse ist in Norwegen die Arbeitszeit in den Staatsbahnwerkstätten um wöchentlich 6 Stunden herabgesetzt worden, natürlich ohne Lohnschmälerung.

Die Tabakarbeiter-Genossenschaft in Hamburg hat in dem verfloffenen zehnten Geschäftsjahre einen Absatz an Zigarren von 5065 gegen 4316 Mille im Jahre 1899 aufzuweisen, der Verkaufserlös ist inbessenen um 33 202,87 M. gestiegen und beträgt 207 100,39 M. Der erzielte Gewinn ist von 3667 auf 7539 M. gestiegen, in den 10 Jahren wurden insgesamt 93 897 M. Ueberflüsse erzielt und sämtlich dem Betriebskapitale zugewiesen. Fertige Waren waren bei der Inventuraufnahme im Werte von 10892 M. vorhanden. Die Genossenschaft besitzt je eine Fabrik in Hamburg und Bramberg i. S. und beschäftigt in den beiden im verfloffenen Jahre durchschnittlich 118 Personen, an welche 85 653 M. Lohn gezahlt wurden. Die Zahl der Genossenschaftler geht ständig zurück, je beträgt noch 272, die Höchstzahl wurde 1891 mit 1317 erreicht. Das leidige Strohfeuer hat in vorliegendem Falle also riesig gewütet; nur gut, daß seit 1896 die Genossenschaft sich wieder in aufsteigender Linie bewegt. Ueber das Projekt der Gewinnbeteiligung haben wir uns bereits in Nr. 36 ausgelassen.

Wieder einen Fall von recht bezeichnender Dividendenjägeri brachte kürzlich die Sächsische Arbeiterzeitung zur Kenntnis, welcher Mitteilung wir folgendes entnehmen: Die Angestellten des Produktverteilungsvereins in Wittgenborf waren dahin vorstellig geworden, ihre Löhne nach der Dresdener Entschlüsselung zu regeln, in der Mindestlöhne und Staffeltarife gefordert werden. Diese Staffeltarife lag nun der Generalversammlung zur Beschlussfassung vor, war aber, nebenbei bemerkt, noch lange nicht der Dresdener Entschlüsselung entsprechend. Die Löhne waren wie folgt festgesetzt: a) Geschäftsführer: Anfangsgehalt 23 Mk. pro Woche, alle drei Jahre 1 M. Zulage bis zum Höchstgehalte von 26 Mk.; b) Hauptlagerhalter: Anfangsgehalt 22 Mk. pro Woche, alle drei Jahre 1 M. Zulage bis zum Höchstgehalte von 25 Mk.; c) Lagerhalter: Anfangsgehalt 21 Mk. pro Woche, alle drei Jahre 1 M. Zulage bis zum Höchstgehalte von 24 Mk.; d) Verkäuferinnen: Im ersten Jahre 10 Mk., die nächsten drei Jahre 11 Mk. und nach vollendetem vierten Jahre 12 Mk. pro Woche. Die jetzigen Löhne sind pro Woche folgende: Geschäftsführer 22 Mk., Hauptlagerhalter 21 Mk., Lagerhalter 20 Mk., Verkäuferinnen 10 Mk. Die Generalversammlung lehnte aber die Vorlage der Verwaltung mit 10 gegen 62 Stimmen ab, trotzdem meistens Parteigenossen der Versammlung beizuhörten. Der Verein erzielte aber im letzten Geschäftsjahre bei einem Umlage von 172 404 Mk. einen Reingewinn von 22 848 Mk. und war in der Lage, 15 Proz. Dividende verteilen zu können! Wenn solche Leute doch nur die Finger von derartigen Sachen lassen wollten; vollständig untauglich, nichtkreditieren sie nur die ganze Bewegung und setzen sich selbst in der Achtung denkender Menschen herab. Aber das ist ja das alte Lied!

Korrespondenzen.

Frankfurt a. M. (Mitgliederversammlung vom 1. April im Rebstock.) Eingangs gab der Vorsitzende das Resultat der Vorstandswahl bekannt, den ausscheidenden Vorstandsmitgliedern einige Dankesworte widmend. Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls der letzten und vorletzten Mitgliederversammlung wurde unter geschäftlichen Mitteilungen ein Schreiben der Herbergskommission zur Kenntnis gebracht über die näheren Details des im Bau begriffenen neuen Gewerkschaftshauses, wo uns Saal und Kollegium für unsere Zwecke zur Verfügung gestellt werden. Von einer Besichtigung desselben mußte bis jetzt wegen anderweitiger Inanspruchnahme unferseits, abgesehen werden. Auf Antrag unserer Kartelldelegierten wurde der Leipziger Konflikt zur Besprechung dem Kartelle aufgegeben, welches jedoch kurzer Hand auf Antrag eines andern Kartelldelegierten zur Tagesordnung über diesen Punkt übergang mit der Motivierung, daß dasselbe außerhalb des Rahmens seiner Tätigkeit liege und die Sache ja auch beigelegt sei, was als sehr bezeichnend für das hiesige Kartell von der Versammlung entgegengenommen wurde. Hierauf ließ man die Tagesordnung zum Gantage Revue passieren. Da inzwischen der Gantag stattgefunden, erledigt sich eine Wiedergabe der Diskussion. In die Vergütungskommission wurden hierauf folgende Kollegen gewählt: Becker, Grünewald, Knorr, Schott, Stein, Schröder, während als Ersatzmann für einen ausscheidenden Krankenfürsorge Kollege Stein bestimmt wurde. Dem Gantagvorstande zum Ausschlusse wegen Resten mußten folgende Kollegen empfohlen werden: Seher Franz Heinrich, Philipp Rechner, Oskar Damance, Emil Knoll, Joh. Senge, Ludwig Müller, Franz Bött, Hermann Braune; Drucker: Georg Bus, Karl Nahrung; Gießer: Menotti

Bagnoli, Giobanni Gropio, Antonio Enrid, Wihl. Koch, Joh. Peter Winter, Karl List, Amilcare Raffanini, Heinrich Bött; außerdem nach § 5b' der Gießer Georg Schmidt. Unter Verschiedenem gab der Gehilfenvertreter bekannt, daß die Firmen Baumbach und Sonack & Co. versprochen haben, tarifliche Zustände in ihren Druckereien einzuführen. In ersterer Druckerei sei allerdings ein Kollege vorhanden, der das Minimum nicht verdienen kann, da er gebrechlich ist. Der Prinzipalvertreter wolle beim Tarif-Akte den Antrag stellen, für solche Fälle eine Ausnahme zu schaffen. — Da noch verschiedenartig Kollegen der Meinung sind, daß die gelben Krankenscheine vom Arzte unterschrieben werden müßten und schon zum öftern Antosien dadurch gehabt haben, wurde darauf hingewiesen, daß dies bei einiger Injormation gar nicht vorzukommen könne. Nachdem noch auf den Anschlag der Östern die Lehre verlassenden Lehrlinge an uns hingewiesen wurde, erfolgte Schluß der Versammlung.

Gildesheim. Der wegen des schwachen Besuchs in der letzten Monatsversammlung zurückgestellte Punkt — Tarifliches, bezw. weitere zur Tarifrevision noch zu stellende Anträge betreffend — stand zu der am 30. März stattgefundenen Versammlung wiederum als erster auf der Tagesordnung. Hierzu lag ein Antrag des Vorstandes, den Sechsmaschinentarif betreffend, vor, dahingehend, in den letztern einen Passus einzufügen, welcher besagt, daß sämtliche Maschinenfeger, ohne Unterschied, ob dieselben nur stundenweise oder ständig an der Maschine beschäftigt werden, nach dem Sechsmaschinentarife zu entschließen sind. Diesem Antrage wurde von der Versammlung stattgegeben und derselbe einstimmig angenommen. Eine demnächst stattfindende Zusammenkunft der hiesigen Maschinenfeger mit dem Vorstande wird sich noch des weitern mit einer Revision des Sechsmaschinentarifes beschäftigen. Zum 2. Punkte — Anträge zum Gantage — beschließt die Versammlung ebenfalls einstimmig, den schon zu wiederholten Malen gestellten Antrag betreffs Abänderung des § 30 des Gantagstatuts, die Art der Wahl der Bezirks- und Ortsvorstände den einzelnen Mitgliedschaften zu überlassen, auch zum nächsten Gantage wieder zu stellen. In Beratung gezogen wurde sodann noch der von Osnabrück gestellte Antrag auf Gründung einer Witwenkasse, welche letztern die Versammlung aber ablehnend gegenübersteht mit der Motivierung, den Verband nicht in eine Lebensversicherungsanstalt umzuwandeln. Unter Verschiedenem wurden, nach Bemittlung einer Unterstützung für die im Auslande sich befindenden Glasarbeiter in Schauenstein, noch einige örtliche Angelegenheiten erledigt. — Erwähnt sei hier noch, daß die Zahl der „Eisernen“ hierelbst (bis jetzt 2 Linotypen und 2 Typographen) sich aller Voraussicht nach in allernächster Zeit um etwas vermehren wird.

Leipzig. Am 29. März fand eine leblich besuchte Maschinenmeisterversammlung statt, zu welcher die graphischen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen mit eingeladen waren. Der Vorsitzende Kreschmar gab bei Eröffnung des Kommissionsberichts die statistischen Eingänge des Mainzer wie Hamburger Maschinenmeistervereins bekannt und machte auf die grobe Unstille aufmerksam, die an das Berechnen des Juridistens erinnere, daß Kollegen unter der Bedingung engagiert würden, eine genau vorgeschriebene Anzahl von Druckformen zu liefern. Dies sehe mit dem Lohne nicht im Einklange. Weiter wurde die Abrechnung unferse diesjährigen Wintervergnügens bekannt gegeben. Der Verbandsvorsitzende der Hilfsarbeiterorganisation, Herr K. Wittich aus Berlin, hielt hierauf einen Vortrag über „Maschinenmeister und Hilfsarbeiter“. In längerer Ausführung legte er klar, daß geschäftlich der Maschinenmeister dem Hilfsarbeiter vorgelegt sei und sich demgemäß dieser unterordnen müsse. Nebenbedauerte, daß durch das seinerzeitige unglückliche Referat des Herrn Friedemann zwischen den Buchdruckern und Hilfsarbeitern eine Spannung gesetzt worden, die einer gesunden Entwicklung der Hilfsarbeiterorganisation keineswegs förderlich sei. Denn der kräftigsten Mithilfe der Buchdrucker sei dieselbe gerade bedürftig. Gestützt auf Berliner Erfahrungen und Vorwissen in den Maschinenfällen wies Referent den Wert dieser Organisation nach. Ergänzend führte der Vorsitzende Kreschmar aus, unser passives Verhalten sei in den seinerzeitigen ganz unqualifizierbaren Angriffen des Herrn Friedemann zu finden, noch erhöht dadurch, daß der Vorstand jener Organisation dieses ruhig dulde, was auch die Korrespondenz-Redaktion mit Recht bezw. zurückwies. Prinzipiell seien wir Buchdrucker stets nachweisbar für Bildung und Erhaltung der Hilfsarbeiterorganisation eingetreten. Nur solche untätige Wege, wie in der seinerzeitigen Hilfsarbeiterversammlung empfunden worden seien, billigen wir nicht und hielten uns reserviert. In eine Aufnahme der Hilfsarbeiter in unsern Verband sei nicht zu denken. Die Hilfsarbeiter hier am Orte zählen nahezu 4000, von denen kaum 250 organisiert sind, hier müsse sich erst der wahre Ernst zeigen, daß dieselben sich organisieren wollen. Die Hilfsarbeiter müssen uns durch ihre erste Tätigkeit an der Erhaltung ihrer Organisation die Achtung abzurufen versuchen, dann würden im allgemeinen die Buchdrucker mehr für deren Organisation sympathisch zu haben sein. Hierauf ergriff Herr Friedemann das Wort. Hätte er, oder besser wäre er von seinen Beratern seinerzeit besser unterrichtet worden, wie die Verhältnisse liegen, die er nun seit mehreren Monaten genau kennen gelernt habe, so wären seine Ausführungen dazumal ganz anders ausgefallen. Nach-

dem noch Herr Schulze, Vorsitzender der hiesigen Hilfsstelle der Hilfsarbeiter, gesprochen, gab der Referent Wittich seiner Anerkennung über die heute gehörten Ausführungen Ausdruck in der Hoffnung, daß die bisherigen unliebsamen Beziehungen nun in bessere sich umgestalten mögen. — Recht dankbar wurde das Referat unferse Kollegen Tauscher über Druckerzeugnisse der Pariser Ausstellung entgegengenommen, um so mehr, da er seine eigens auf der Ausstellung gesammelten prächtigen Drucke und Photographien mit ausgef. hatte, die allseitige Bewunderung fanden. Nach seinem persönlichen Empfinden könne er aber den französischen Druckereien, die zu besichtigen er öfter in Paris Gelegenheit hatte, kein lobenswertes Zeugnis ausstellen. Für seine Bemühungen sei hiermit der Dank mit ausgedrückt. Einstimmig wurde beschlossen, die diesjährige Fahrt nach Gera zu unternehmen und die Kommission mit den diesbezüglichen Arbeiten dazu ermächtigt, ebenso sollen im Frühjahr wie Herbst in benachbarte Orte kleinere Ausflüge unternommen werden. Unter Tariflichem wurden einige technische Fragen, z. B. die schwierige Verarbeitung der Vorleuz- (französischen) Farben berührt; ebenso unliebsame Vorwissen in einer hiesigen großen Firma, wo das Ueberhandnehmen kein Ende nimmt. Hierauf Schluß der Versammlung.

Osnabrück. In der Ortsvereinsversammlung vom 31. März wurden die schon aus einem früheren Berichte bekannten Anträge und Wünsche der hiesigen Mitgliedschaft zur Tarifrevision noch einmal besprochen und beschlossen, sie unverändert dem Vertreter unferse Tarifkreises zur Berücksichtigung zugehen zu lassen. Zu Mai soll hier ein ordentlicher Gantag des Gantages Hannover abgehalten werden; die Versammlung wähle eine Kommission zur Uebernahme der Vorarbeiten und stelle zwei Anträge zu dem Gantage: 1. Umänderung der Wahlordnung und 2. Einführung einer Witwen- und Waisenunterstützung durch sogenanntes Umlageverfahren. Der erste Antrag ging, weil vereinsabend wütend, ohne Debatte durch. Zum zweiten Antrage sagte Vorsitzender Hartwig in empfehlendem Sinne ungefähr folgendes: Er bekenne sich dazu, den Artikel F. H. im Corr., der eine zweimalige Entgegung erfahren habe, verbrochen zu haben; er könne, trotz dieser Entgegungen, nicht umhin, das sogenannte Umlageverfahren dringend zur Einführung zu empfehlen, da es den älteren Kollegen in ihrer großen Mehrzahl als eine „rettende That“ erscheinen würde. Die Ausführungen des Entgegners Schulze seien, als auf mangelhafter Prüfung der ganzen Angelegenheit beruhend, nicht als stichhaltig anzusehen und dem andern Gegner seines Vorschlags könne ein Verständnis für letztern auch nicht zugeprochen werden. Der Gantagvorstand von Rheinland-Westfalen habe ebenfalls ein Umlageverfahren als zweckmäßig angesehen und agitiere durch Zirkular in den einzelnen Mitgliedschaften für Annahme. Er wolle das Zirkular, das ihm auch gesandt sei, zur Begutachtung verlesen. Die Mitglieder seien hieraus, von welcher großen Werte es sein würde, gelänge es, eine derartige Unterstützung auf diesem Wege zu schaffen und nachher für ihre Zentralisierung zu wirken. Die Berechnungen des Artiklers Schulze seien falsch, denn selbst bei einer doppelt so hohen Sterblichkeitsziffer, wie sie in seinem angegriffenen Artikel aufgestellt, würde immer nur mit einer Durchschnitts-Beitragsleistung von 10 M. jährlich pro Mitglied zu rechnen sein, was für einen derartigen Zweck nicht zu viel wäre und keinen Anlaß zu Unzuträglichkeiten und zur Unzufriedenheit bieten dürfte. Schulze rechne nicht mit dem Nachwuchs und der Vermehrung der Gantagmitglieder, die doch (als stetige Entwicklung) eine Versicherungsunterlage an sich sei. Der zweite Entgegungsentwurf möge keine Befürchtungen für seine Verbauungsorgane durch den Genuß „verzuckerten Bilsen“ hegen, wenigstens die angegriffene „Verzuckerte“ würde ein vorzügliches Genußmittel abgeben. Ueberhaupt sei ja diese Form nur als Vorschlag zu betrachten und würde erst die Diskussion in der Allgemeinheit der Verbandsmittglieder etwas Greifbares und Reales schaffen können. Er empfehle den Antrag zur Annahme und werde auf dem Gantage nach Kräften für denselben eintreten. — Aus der Mitgliedschaft meldeten sich mehrere Redner, die alle den Antrag zur Annahme empfehlen konnten, wenn auch einige seine Realisierung sich minder zögig ausmalten als der Vorsitzende. Alle stellten sich auch dem Zentralkonferenzsysteme zustimmend gegenüber und dachten sich dieses als Ablösung des Umlageverfahrens durch einen obligatorisierten Kassenzweig. Als größte Schwierigkeit, im großen wie im kleinen, sei der erforderliche Verwaltungapparat für ein Umlageverfahren anzusehen und müsse da auf die befriedigende Lösung Bedacht genommen werden. — Die Versammlung nahm darauf „im Prinzip“ den Antrag an und wird die Mitgliedschaft Osnabrück auf dem Gantage des Gantages Hannover die Einführung einer Witwen- und Waisenunterstützung durch sogenanntes Umlageverfahren“ beantragen. — Zum Schlusse kam noch eine etwas mehr Beachtung erfordernde Angelegenheit zur Sprache, nämlich die durch einseitige Abschaffung einiger von der Behörde nicht mehr „geführt“ aber durch Herkommen bestehender Feiertage durch die Prinzipalität hier und im benachbarten Welle geschaffene Lage. Es wurden die Vorstandsmassnahmen gutgeheißen (ein Schiedsgericht von 5 Prinzipalen und 5 Gehilfen zwecks Regelung der Streitfrage zu bestellen) und im übrigen der Mitgliedschaft Welle ihre Lage Gantung in dieser Angelegenheit zum Vorwurfe gemacht.